

BEILAGE Nr. 4

ZU DEN

**MONATSBERICHTEN DES ÖSTER-
REICHISCHEN INSTITUTES FÜR
KONJUNKTURFORSCHUNG**

9. JAHRGANG, HEFT 2

26. FEBRUAR 1935

9. JAHRGANG, HEFT 2

**ARBEITSMÖGLICHKEITEN
DURCH PRODUKTIONSSTEIGERUNG UND
ARBEITSZEITKÜRZUNG**

VON UNIV.-DOZ. DR. HANS BAYER

WIEN

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES
FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG, WIEN, I., STUBENRING 8-10

ARBEITSMÖGLICHKEITEN DURCH PRODUKTIONSSTEIGERUNG UND ARBEITSZEITKÜRZUNG

Von Univ.-Doz. Dr. Hans Bayer

Um die zahlreichen Umstände, die zur Arbeitslosigkeit führten und führen, zu überwinden, müßte ein umfassendes System von Maßnahmen zur Anwendung kommen. Eine Gruppe solcher Maßnahmen liegt auf dem Gebiete der Handelspolitik mit dem Ziele, die wirtschaftlichen Hemmungen des freien Warenaustausches zu beseitigen und erstarrende heimische Kräfte zu stützen. Diese Bemühungen sind naturgemäß aufs engste verbunden mit der Gestaltung der Weltwirtschaft. In vorliegender Arbeit handelt es sich um die Frage, wie durch Maßnahmen, die sich lediglich auf das *Inland* erstrecken, neue Arbeitsmöglichkeiten gewonnen werden könnten. Hierher gehört u. a. die staatliche Arbeitsbeschaffung. Ihr Wesen liegt darin, daß der Staat aus der Volkswirtschaft Kapital entnimmt und damit Arbeitsmöglichkeiten schafft. Auch diese Fragen können hier nicht näher besprochen werden. Im folgenden sollen vielmehr jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen erörtert werden, die *im Wirtschaftsablauf selbst* durchgeführt werden können. Die Maßnahmen stehen miteinander in engem Zusammenhang. Gerade die Arbeitszeitkürzung könnte jedenfalls nur in Verbindung mit anderen Maßnahmen, von denen einige im folgenden angeführt sind, ein befriedigendes Ergebnis erzielen.

VERHINDERUNG EINER SENKUNG DER PRODUKTION UND EINER STEIGERUNG DER PREISE

Gerade in letzter Zeit zeigt sich wieder eine stärkere Tendenz nach Bildung von Monopolorganisationen in der Wirtschaft. Infolge der Krise ist die Schleuderkonkurrenz immer mehr angewachsen und hat auch die Löhne in Mitleidenschaft gezogen. Es liegt daher nahe, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmter Branchen in dem einmütigen Bestreben begegnen, durch *Preisbindungen die Preise zu erhöhen*.

In gewissen außerordentlichen Fällen ist eine derartige Preispolitik volkswirtschaftlich gerechtfertigt. Es besteht aber — wenn das Allgemeininteresse bei Kartellen und ähnlichen Organisationen nicht entsprechend gewahrt ist — die große Gefahr, daß über dem augenblicklichen Erfolg für die un-

mittelbar Beteiligten die Auswirkung für die Zukunft übersehen wird. Die Tendenz derartiger Organisationen geht in der Regel dahin, die Produktion zu drosseln, dadurch die Preise künstlich hoch zu halten und für den Augenblick eine Steigerung des Gewinnes für das Unternehmen zu erreichen. Je mehr Wirtschaftsgruppen eine solche Politik verfolgen, desto klarer wird die Folge für die Gesamtheit: die Gütermenge, die der Bevölkerung zur Verfügung steht, wird eingeschränkt, die Kaufkraft breiter Massen geht zurück. Die anscheinende Lohnsicherung bringt eine Senkung des Reallohnes mit sich, die künstliche Hochhaltung der Preise führt schließlich erst recht zu deren Zusammenbruch¹⁾. Vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiete liegen im Sinne einer Produktionssteigerung und Preissenkung.

Die internationale *Preisstatistik* kann nur in groben Umrissen die Tendenz der Preisentwicklung kartellierter und nichtkartellierter Waren aufzeigen. Für *Deutschland* liegt eine Untersuchung über die Entwicklung gebundener und freier Preise in den Jahren 1926 bis 1931 vor²⁾. Der Index der freien Preise, wie er vom Institut für Konjunkturforschung in Berlin errechnet wird, fiel seit Ende 1927. Hingegen blieben in den Jahren 1926 bis 1930 die Preise für Steinkohle, Spateisenstein, Gießereiroh-eisen, Kesselbleche, Chemikalien, Superphosphat, Viskose, Zeitungspapier, Zement und Linoleum ungefähr gleich hoch. Erst im Jahre 1931 zeigt sich bei einigen dieser Waren eine Preissenkung.

In der folgenden Tabelle ist, soweit entsprechendes Material zur Verfügung stand, die Entwicklung der freien und gebundenen Preise in den einzelnen Staaten gezeigt. Sofern keine Angaben

¹⁾ Mit Recht bemerkte das Internationale Rationalisierungsinstitut in einer Arbeit über Rationalisierung und Weltwirtschaftskrise (Mitteilungen des Internationalen Rationalisierungsinstitutes, 15. Jahrgang, Heft 2, 1931) bei Besprechung des Preissturzes und der Versuche, das steigende Angebot künstlich einzuschränken: „Als sich dann diese Politik aber als undurchführbar erwies, wurden plötzlich große Überschüsse frei, so daß der Preissturz um so schärfer einsetzte.“

²⁾ Horst Wagenführ, Konjunktur und Kartelle, Berlin 1932.

Tabelle Nr. 1

Preisentwicklung*)

Jahr	Deutschland						Österreich				U. S. A.				Tschecho- slowakei	
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	3	4	5	6	5	6
Basis	1926 =100	1926 =100	1913 =100	1913 =100	1913 =100	1913 =100	1923/31 =100	1923/31 =100	1926 =100	1926 =100	1913 =100	1913 =100	1926 =100	1913 =100	1. Sept. 1927 =100	Juli 1914 =100
1926	100	100	149	123	120.1	134	99.3	102.8	100	100	129	125	99.8	143		139
1927	105.1	100.2	149	124	134.7	138	109.2	102.5	108.2	166.3	119	121	96.3	135		143
1928	106.8	102.1	157	128.5	139.1	140	109.6	96.7	111.6	170.6	121	125	94.3	140	100.7	143
1929	97.4	105	160	130	124.2	137	99.8	99.1	118.5	186.8	124	129	88.0	138	98.4	134
1930	79.7	103.1	157	128	97.8	125	86.9	95.8	120.1	190.4	110	113	64.9	124	77.2	117
1931	60.8	93.8	147	117	66.4	111	75.8	91.0	120.1	181.5	105	108	45.6	102	53.8	107
1932	47.5	83.9	129	101	50.3	96.5	72.7	92.5	120.1	178.4	101	105	33.0	88	41.3	99
1933			129	101	57.3	93	72.7	93.7	120.1	157.8	85	86	43.5	73	41.4	96
1934					63.2	98	75.7	91.3					53.8	66		

*) Die Indizes gelten in den mit 1 bezeichneten Spalten für die freien Preise, mit 2 für die gebundenen Preise, mit 3 für die Preise von Stabeisen, mit 4 für die Preise von Blechen, mit 5 für die reagiblen Preise und mit 6 für die Großhandelspreise.

über gebundene und freie Preise vorlagen, wurde, wie in der Tschechoslowakei und in Amerika, die Gestaltung der reagiblen Warenpreise in Verbindung gesetzt zu der Gestaltung des Großhandelsindex. Auch hier zeigte sich, daß die reagiblen Preise, deren Entwicklung im wesentlichen mit der der freien Preise übereinstimmt, stärker fällt als der Index der Großhandelspreise, der auch die kartellierten Waren umfaßt. Vergleichsweise ist ferner die Entwicklung der Stabeisen- und Blechpreise beigefügt.

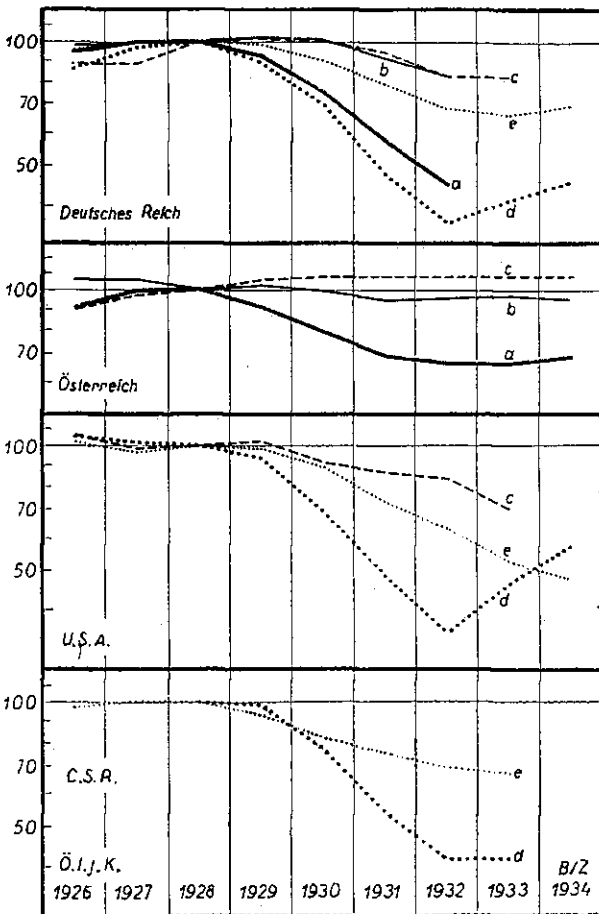
STEIGERUNG UND VERBILLIGUNG DER PRODUKTION

Verminderung der Spannung zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen

Eine Untersuchung der Entwicklung der Großhandels- und Kleinhandelspreise in den einzelnen Staaten²⁾ ergibt, daß allgemein der Kleinhandelsindex, bzw. Lebenskostenindex langsamer fällt als der Großhandelsindex. Das bedeutet, daß sich für den Produzenten die nachfrageerhöhende Wirkung einer Preissenkung erst spät oder gar nicht fühlbar macht. Die Preissenkung durch den Erzeuger führt also nicht in ihrer Gänze zu einer Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung, sondern wird in ihrer günstigen Wirkung durch die verhältnismäßig große Spanne zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen aufgefangen. Infolgedessen kann die Pro-

Preisentwicklung*)

(Logarithmischer Maßstab, Jahresdurchschnitt 1928 = 100)



*) a = freie Preise, b = gebundene Preise, c = Stabeisen, d = reagible Preise, e = Großhandelspreise.

²⁾ Wenn wir das Jahr 1913, bzw. 1914 gleich 100 setzen, ergeben sich für die einzelnen Staaten für die Jahre 1926—1933, bzw. 1934 folgende Indexreihen: *Deutsches Reich*: Großhandelsindex: (1913/1914 = 100) 134, 138, 140, 137, 125, 111, 96.5, 93, 98. Lebenskostenindex: 141, 148, 152, 154, 147, 136, 121, 118.5, 121. *Österreich*: Großhandelsindex: 123, 133, 130, 130, 117, 107, 97, 86. Kleinhandel: 137.8, 138.4, 142.6, 146.6, 144.7, 137.95, 116.5, 111.8. Lebenskostenindex: (Der Wohnungsindex wurde mit Rücksicht auf die besondere Regelung der Mietenfrage in Österreich ausgeschieden) 122.3, 125.6, 127.9, 130.1, 140.1, 123, 100.8, 95.5. *Italien*: Großhandelsindex: 131.4, 139.4, 133.9, 130.5, 111.6, 92.4, 82.5, 76.4, 73.1. Lebenskostenindex (seit 1928): 144.4, 148.1, 144, 131.1, 124.5, 121.3, 113.3. *Frankreich*: Großhandelsindex: 120, 128, 128.5, 127, 111, 94, 83, 79, 75. Lebenskostenindex: 84.5, 104, 105, 113, 118, 116, 107, 106. *Schweiz*: Großhandelsindex: 144.5, 142, 145, 141, 126, 110, 96, 91. Lebenskostenindex: 162, 161, 161, 161, 158, 150, 138, 131. *Niederlande*: Großhandelsindex: 145, 148, 149, 142, 117, 97, 79, 74, 78. Lebenskostenindex: 168, 168, 169, 168, 161, 151, 141, 139. *Belgien*: Großhandelsindex (ab 1927): 123, 123, 124, 108.5, 91, 77, 72, 68. Lebenskostenindex (ab 1927): 105, 114, 119, 127, 127, 116, 104, 102. *Großbritannien*: Großhandelsindex: 148, 142, 140, 137, 120, 97, 73, 69. Lebenskostenindex: 172, 168, 166, 164, 158, 139, 104, 95. *U. S. A.*: Großhandelsindex: 143, 135, 140, 138, 124, 102, 88, 73, 66. Lebenskostenindex: 176, 174, 171, 171, 166, 152, 138, 107.

duktion nicht der Preissenkung entsprechend gesteigert werden. Die Verbilligung der Produktion kommt für die Bevölkerung nur zum Teil zum Ausdruck. In je stärkerem Maße es gelingt, die *Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen zu verringern*, desto mehr kann sich die Verbilligung der Produktion bis zum letzten Käufer durchsetzen. Hier liegen große Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

RATIONALISIERUNG

Der Sinn der Technik: Erleichterung der Arbeit für den Menschen und Verbesserung der Güterversorgung, entspricht der Entwicklungstendenz der Wirtschaft. Wenn die Technik trotzdem vielfach nicht den Interessen des Gesamtwohles gedient hat, so liegt dies an einer falschen Verwendung und Fehlern der Wirtschaftsorganisation.

Die Technik kann sich dann zum Schaden der Volkswirtschaft auswirken, wenn sie *in Verbindung steht mit einer falschen Preispolitik*. Nehmen wir beispielsweise an, daß ein Unternehmen oder eine Unternehmungsgruppe, der monopolartige Stellung zukommt, neue Maschinen eingestellt hat. Diese technischen Neuerungen bedeuten eine Kostensenkung und würden eine Preisermäßigung ermöglichen. Dadurch könnte der Absatz gesteigert werden, der Gesamtheit käme eine größere Gütermenge zu. Unternehmer mit Monopolstellung haben aber vielfach den umgekehrten Weg eingeschlagen, sie haben die Senkung der Kosten nicht zu einer Verbilligung der Preise benützt, sondern lediglich zu einer Erweiterung der Spanne zwischen Kosten und Preisen. Dadurch wurde die wirtschaftsbelebende Wirkung der Technik gedrosselt und die durch technische Neuerungen bedingte vorübergehende Arbeitslosigkeit zur Dauerarbeitslosigkeit.

Aber auch abgesehen von einer Verbindung mit falscher Preispolitik kommt eine wirtschaftlich falsche Verwendung der Technik vor. Schon im Jahre 1930 haben z. B. die AWF-Mitteilungen (Zwanglose Mitteilungen des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung [AWF] beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit) auf die *Gefahren der Betriebsmechanisierung*, d. h. auf weitgehenden Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch Anwendung von Maschinen und Einrichtungen hingewiesen⁴⁾. Die Erhebungen des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit haben ergeben, daß die starke Mechanisierung in einer Reihe von Fällen deshalb zu Mißerfolgen geführt hat, weil bei Anschaffung der Ein-

richtungen *keine entsprechenden Berechnungen* angestellt wurden. Zudem ist gerade bei den heutigen Wirtschaftsschwankungen zu berücksichtigen, daß die Betriebe durch starke Mechanisierung ihre Elastizität verlieren, sich einem schwankenden Beschäftigungsgrad rasch anzupassen. Auch das Organ der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure (Maschinenbau — Der Betrieb) weist seit Jahren auf die Gefahren der Mechanisierung hin.

In *Österreich* ist in verschiedenen Branchen eine verhältnismäßig weitgehende Mechanisierung festzustellen. Anhaltspunkte hierfür bietet eine Statistik über Einfuhr von Spezialmaschinen⁵⁾. Es ist bekannt, daß in einer Reihe von Fällen Fehlinvestitionen vorlagen. Gerade bei Anschaffung von Spezialmaschinen werden daher genaue Berechnungen anzustellen sein. Von diesem Gesichtspunkt ergibt sich vielfach gerade durch Einschränkung der Mechanisierung die Möglichkeit einer Verbilligung der Produktion und Vermeidung einer Freisetzung menschlicher Arbeitskraft.

So sehr gerade in der heutigen Wirtschaftslage für den Unternehmer Vorsicht bei weiterer Mechanisierung der Betriebe geboten ist, so notwendig sind andere *Rationalisierungsmaßnahmen*, die, *ohne Arbeiter freizusetzen*, zu einer Verbilligung der Produktion führen. Der bereits genannte Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung beurteilt die Erfolgsaussichten dieser Rationalisierung weitaus günstiger. Beispiele aus der Praxis, die in zahlreichen Abhandlungen besprochen sind, zeigen, daß auf diese Weise namhafte Summen erspart werden könnten⁶⁾.

⁵⁾ Die Einfuhr an Spezialmaschinen für die Textilindustrie, bei der gerade jetzt wieder eine weitgehende Mechanisierung in Erwägung steht, zeigt seit dem Jahre 1923—1934 folgende Entwicklung (Angaben in Stückzahl): Einfuhr an *Webstühlen*: 588, 942, 527, 589, 909, 1402, 721, 415, 348, 277, 261, 538. *Strickmaschinen*: 16, 20, 7, 324, 2034, 738, 795, 596, 343, 286, 398, 453. *Spinn- und Zwirnmaschinen*: 81, 114, 76, 110, 110, 142, 100, 128, 61, 52, 61, 122. *Wirkstühlen*: 768, 892, 519, 54, 131, 154, 162, 92, 68, 76, 88, 133. *Hilfsmaschinen (für die Weberei, Wirkerei)*: 295, 277, 216, 169, 206, 345, 390, 169, 93, 80, 82, 78.

Die Einfuhr an *Holzbearbeitungsmaschinen* zeigt folgende Entwicklung: 3310, 3620, 618, 492, 597, 819, 790, 935, 523, 174, 54, 40.

Die entsprechenden Zahlen für *Metallbearbeitungsmaschinen* (seit 1925) sind: 1946, 1798, 2104, 3046, 3434, 2738, 1807, 629, 296, 400.

⁶⁾ Pasztor führt z. B. in einem Aufsatz: *Verhängnisvolle Betriebsfehler, Sparwirtschaft*, Februar 1934, Heft 2, unter anderem folgende Fälle an: Anlässlich der fachmännischen Überprüfung einer Wiener Textilindustrie der Modebranche wurde eine Anzahl von Fehlern und Verlustquellen gefunden, die dem Unternehmen jährlich die Summe von 131.000 Schilling gekostet hat. In einem anderen

⁴⁾ AWF-Mitteilungen, Berlin, 12. Jahrgang, Heft 6, Seite 43, 1930.

Derartige Ersparungen sind für die Volkswirtschaft von hoher Bedeutung, sei es daß sie in Preissenkungen bei gleichbleibenden Geldlöhnen oder in Aufbesserungen der Löhne bei den betreffenden Firmen zum Ausdruck kommen. Gerade auf diesem Gebiet kann die *Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern* Wertvolles für den Betrieb und damit für die Gesamtheit leisten. Im Sinne einer solchen Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern ist es auch gelegen, daß den *Arbeitern ein entsprechender Anteil an den Ersparungen* zukommt, die durch ihre Anregungen erreicht wurden.

Zusätzliche Einkommensbildung durch Notdienstaktion

In der „Zeitschrift für Soziales Recht“, Dezember 1934, wurde ein Vorschlag zur Diskussion gestellt, der auf eine Mehrbeschäftigung und Vermehrung der Güterproduktion abzielt⁷⁾. Der Erfolg dieser Aktion würde darauf beruhen, daß brachliegende Arbeitskraft ohne Neuinvestitionen oder beträchtlicheren Neuaufwand staatlicher Mittel produktiv verwendet und dadurch eine Gütervermehrung erreicht wird, die unmittelbar den ärmsten Bevölkerungsschichten zufließt. Die Begünstigung dieser Schichten geht nicht auf Kosten anderer, sondern bedeutet auch für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie eine wesentliche Belebung. Insgesamt könnte für Österreich eine allmähliche Konsum- und Produktionssteigerung von über 100 Millionen Schilling jährlich angenommen werden.

ARBEITSZEITKÜRZUNG

Die allgemeinen Gründe, die für und gegen die Arbeitszeitkürzung sprechen, sind in zahlreichen Konferenzen eingehend erörtert worden. Wir beschränken uns im folgenden auf die Frage, wie sich eine Arbeitszeitkürzung in Österreich auswirken würde. Einer *internationalen Regelung* begegnen mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Staaten besondere

Betriebe wurde durch Verminderung des übermäßigen Lärmes eine Leistungssteigerung von 12% erzielt, der Anteil der Ausschußware fiel von 25 auf 7%. In einer Großdruckerei wurden durch Verbesserung der Beleuchtung Leistungssteigerungen von 32,5% festgestellt; die Setzfehler sind dabei um 57% gesunken. Durch dieselben Maßnahmen wurde in einer Seidenweberei erreicht, daß von 100 m gewebtem Stoff nur in 2 m Fehler vorgekommen sind, während früher 18 m Stoff Fehler aufzuweisen hatten. Die Ersparnisse haben nach Abzug der vergrößerten Beleuchtungskosten per Webstuhl und per Jahr 600 bis 700 Schilling betragen.

⁷⁾ Hans Bayer, Wege aus der Arbeitslosigkeit.

Schwierigkeiten. Mit Recht wies daher die *österreichische Regierung* in Beantwortung des Fragebogens, der vom Internationalen Arbeitsamt im Juli 1933 übermittelt worden war, auf diesen Umstand hin. Wenn aber auch eine internationale Regelung als praktisch schwer durchführbar angesehen wird, so bleibt doch zu erwägen, ob nicht die Einführung einer Arbeitszeitkürzung in den einzelnen Staaten Vorteile bringen könnte. Denn die internationale Regelung ist dann nicht unbedingt erforderlich, wenn der einzelne Staat die Arbeitszeitkürzung ohne Steigerung der Produktionskosten erreichen kann.

Wieviel Arbeiter könnten in Österreich bei 40stündiger Arbeitszeit rechnermäßig neu eingestellt werden?

Bei Beantwortung dieser grundlegenden Frage gehen wir von der *heutigen Beschäftigungsdauer* aus. Auf Grund der Großbetriebsstatistik, die in der Abteilung für Volkswirtschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte geführt wird, ergibt sich, daß im November 1934 72,6% der Arbeiterschaft 48 Stunden, 12,4% über 48 Stunden und 15% in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt sind. Einen Überblick über die Beschäftigungsdauer in den einzelnen Branchen gibt folgende Tabelle (Nr. 2).

Tabelle Nr. 2

Die wöchentliche Arbeitszeit in größeren Betrieben Österreichs*)

Zahl der erfaßten Arbeiter

Industrie-Klasse	mit verkürzter Arbeitszeit				Zusammen	mit normaler 48-Stunden-Woche	mit Überstunden
	Insgesamt	unbekannter Dauer	bis 40 Std.	bis 48 Std.			
Bergbau	8.223 100	35 0.42	2.290 27.73	.	2.315 28.15	4.420 53.75	1.488 18.10
Hütten- u. Walzwerke, Eisen- u. Metall-Ind.	35.103 100	1.084 3.09	1.434 4.08	2.800 7.98	5.318 15.15	27.748 79.05	2.037 5.80
Bau- und Baumaterialien-Industrie	6.407 100	12 0.19	659 10.29	295 4.60	966 15.08	5.145 80.30	296 4.62
Holz- und Holzverarbeitende Industrie	1.375 100	5 0.36	39 2.84	55 4.00	99 7.20	1.054 76.65	222 16.15
Chemische und Gummi-Industrie	10.508 100	288 2.74	287 2.74	321 3.05	896 8.53	9.026 85.90	586 5.57
Nahrungs- und Genussmittel-Industrie	26.538 100	169 0.64	4.228 15.92	325 1.22	4.722 17.78	13.463 50.69	8.373 31.53
Textil- u. Bekleidungs-Industrie	18.540 100	226 1.22	1.405 7.58	697 3.76	2.328 12.56	15.563 83.94	649 3.50
Leder- und Schuh-Industrie	2.687 100	73 2.72	455 16.93	88 3.28	616 22.93	1.986 73.91	85 3.16
Papier- und papierverarb. Industrie	13.486 100	93 0.69	336 2.49	719 5.33	1.148 8.51	10.808 80.14	1.530 11.35
Zusammen	122.887 100	1.985 1.62	11.123 9.05	5.300 4.31	18.408 14.98	89.213 72.60	15.266 12.42

*) Anfang November 1934. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien führt diese Erhebungen seit Jänner 1929 allmonatlich durch.

Um die Zahl der neu einzustellenden Arbeitskräfte zu errechnen, ist ferner die Feststellung der *gegenwärtigen Beschäftigtenziffern* erforderlich. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat sich die Zahl der in Bergbau, Industrie und Gewerbe beschäftigten Arbeiter im Zeitraum von Juni 1930 bis November 1934 von 651.383 auf 542.166 gesenkt (Tab. Nr. 3). Da die Kleinbetriebe (Betriebe mit unter 6 Personen) für eine Arbeitszeitkürzung nur in beschränktem Umfang in Betracht kommen, ziehen wir die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter (100.000) ab⁸⁾.

Tabelle Nr. 3

Die Zahl der Berufstätigen in Österreich

Klasse	Zahl der Beschäftigten [berechnet*] für 30. Nov. 1934	
	Angestellte	Arbeiter
1. Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	319	25
2.-14. Bergbau, Industrie und Gewerbe	74.317	542.166
nach der Zählung im Juni 1930	83.995	651.383
vorgemerkte Arbeitslose am 30. Juni 1930	6.366	134.197
„ „ „ 30. Nov. 1934	16.044	243.414
15. Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	4.565	50.179
16. Handel	97.367	45.842
17. Verkehr	3.489	6.411
18. Geldverkehr, Kredit und Privatversicherung	20.890	3.219
19. Körperpflege und Reinigungsbetriebe	1.386	19.232
20. Heilkunde, Krankenpflege, Heilbäder	2.592	5.297
21. Unternehmungen für Bildung, Kunst und Unterhaltung	7.201	4.615
22. Rechtsanwalts-, Notariatskanzleien, sonstige Rechtshilfe und Technische Bureaus	5.350	230
2.-22. Zusammen	217.157	677.191
1.-22. Insgesamt	217.476	677.216

* Nach folgender Berechnung, die freilich nur annähernd den gegenwärtigen Beschäftigtenstand ergibt: Zahl der berufstätigen Angestellten (Arbeiter) nach der amtlichen Zählung vom Juni 1930, vermehrt um die Zahl der am 30. Juni 1930 arbeitslosen Angestellten (Arbeiter), vermindert um die Zahl der am 30. November 1934 arbeitslosen Angestellten (Arbeiter).

Auf Grund der bisherigen Feststellungen ergibt sich, daß für 85% der beschäftigten Arbeiter eine Arbeitszeit von 48 Stunden oder mehr gilt. Während also gegenwärtig (nach Abzug der Arbeiter in Betrieben mit unter 6 Personen) 376.000 Arbeiter voll beschäftigt sind, würde sich nach Einführung der 40-Stunden-Woche rechnerisch ein Beschäftigtenstand von 451.000 ergeben; es würde also die *40-Stunden-Woche rechnerisch die Vermehrung des Arbeiterstandes in Bergbau, Industrie und Gewerbe⁹⁾ um 75.000 ermöglichen*. Es ist jedoch klar, daß insbesondere angesichts der technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten,

⁸⁾ Die amtliche Zählung des Jahres 1930 verzeichnet 115.000 Arbeiter, die in dieser Größenstufe (unter 6 Personen) beschäftigt sind; bei Berücksichtigung des allgemeinen Beschäftigungsrückganges ergibt sich eine Senkung auf 100.000 Arbeiter.

⁹⁾ Bei den vorliegenden Berechnungen ist das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe, Handel und Verkehr nicht berücksichtigt. Es ist jedoch außer Zweifel, daß auch in diesen Wirtschaftszweigen Durchführungsmöglichkeiten für Arbeitszeitkürzung bestehen.

die von vornherein eine Reihe von Ausnahmefällen notwendig machen, diese Zahl nicht erreicht werden kann. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Wiedereinstellung der Arbeitslosen im Zuge der Arbeitszeitkürzung nur allmählich vor sich gehen kann und nach Branchen verschieden ist. Vergleiche mit anderen Staaten können nicht ohneweiters gezogen werden, da die Anpassungsmöglichkeiten in den einzelnen Staaten ungleich sind.

*Schwierigkeiten der Arbeitszeitkürzung
Soziale Schwierigkeiten*

Obschon die Einführung der 40-Stunden-Woche vor allem sozialpolitisch zu begründen ist, ergeben sich doch gerade auch auf sozialem Gebiete Schwierigkeiten hinsichtlich der *Veränderung des Wocheneinkommens des Arbeiters durch Arbeitszeitkürzung¹⁰⁾*.

Es steht fest, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche in Österreich *keine Verteuerung der Produktion* bringen dürfte; die Verteuerung würde nicht nur die Kaufkraft des Inlandes senken, sondern die Exportfähigkeit auf das Schwerste beeinträchtigen. Es wird also in der Mehrzahl der Fälle unmittelbar eine entsprechende *Erhöhung der Stundenlöhne* durch den Unternehmer nicht möglich sein.

Es ist also die Frage von großer Bedeutung, welches Wocheneinkommen sich für den einzelnen Arbeiter unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Entlohnung bei 40stündiger Arbeitszeit ergeben

¹⁰⁾ Die Erhebungen des *Internationalen Arbeitsamtes* (Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit, Bericht an die vorbereitende Konferenz, Jänner 1933) haben ergeben, daß man bei der Arbeitszeitkürzung in den einzelnen Fällen bestrebt war, die *Löhne nicht unter eine bestimmte Grenze fallen zu lassen*. Diese Bestrebungen fanden z. B. ihren Ausdruck in teilweisem Lohnausgleich unter Zugrundelegung einer höheren Stundenzahl als der tatsächlich geleisteten oder in der Versetzung der mindestentlohten Arbeiter in eine andere Schicht mit höheren Lohnsätzen. Einige Betriebe haben ihrem Personal nach der Arbeitszeitkürzung die alten Wochen- oder Monatslöhne weiter gewährt. In manchen Fällen blieben die unter einer bestimmten Grenze liegenden Löhne von der Lohnsenkung unberührt. In anderen Fällen arbeiteten die Arbeiter der untersten Lohngruppe länger als das übrige Personal.

In Amerika, das nicht annähernd so stark wie etwa Österreich auf den Export angewiesen ist, gelang nach den Angaben der offiziellen Statistiken bis Mitte 1934 ein Lohnausgleich, indem der Stundenverdienst gesteigert wurde. *Karl Auer* errechnet (*Zeitschrift für Soziales Recht*, 3/4, 1934) eine Erhöhung der Gesamtsumme der ausbezahlten Nominal-Wochenlöhne von 96 Millionen Dollar im Juni 1933 auf 132 Millionen Dollar im Juni 1934. Im dritten Quartal zeigte sich eine Verminderung des Beschäftigtenstandes, der jedoch im vierten Quartal eine Besserung folgte.

würde. Auf Grund der von der Abteilung für Volkswirtschaft und Statistik geführten Lohnstatistik würden besonders in der Textilindustrie die Wochenverdienste außerordentlich niedrig liegen. Im folgenden geben wir eine Gegenüberstellung des *Wochen-einkommens in einzelnen Industriezweigen bei 48- und 40stündigen Beschäftigung* (Tabelle Nr. 4).

Tabelle Nr. 4

Wochenverdienste in einigen Industrien)*

Industriegruppe	Verdienst in Schilling bei		Industriegruppe	Verdienst in Schilling bei	
	48stündiger Arbeitszeit	40stündiger Arbeitszeit		48stündiger Arbeitszeit	40stündiger Arbeitszeit
Textilindustrie . . .	34'24	28'40	Glühlampenindustr.	48'91	40'80
darunter:			Kabelindustrie . . .	48'18	40'—
Baumwolle	34'50	28'80	Starkstromindustrie	59'60	49'60
Veredlungsindustrie	37'33	31'20	Schwachstromind. .	51'16	42'30
Wolle	33'72	28'—	Baugewerbe	66'56	55'60
Maschin.-u. Elektroind.	56'82	47'20			
darunter:			Insgesamt	44'33	36'94
Maschinenbau	66'24	55'20			

*) Nach der für November 1933 (Baugewerbe September 1933) durchgeführten Lohnstatistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, wie der *Lohnausfall* ohne Erhöhung des nominellen Stunden- oder Akkordlohnes *wettgemacht* werden könnte. Die Ersparungen der *Sozialversicherung* auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung sind zwar in sozialpolitischer Hinsicht von großer Bedeutung, kommen jedoch für irgendeine Art Lohnausgleich nicht in Betracht. Die bisherigen Ausführungen zeigen aber Möglichkeiten einer Verbilligung und Steigerung der Produktion, einer Senkung der Preise und damit einer Erhöhung der Kaufkraft¹¹⁾.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Als wichtigster Einwand gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche in Österreich wurde von Seite der Arbeitgeber vorgebracht, daß sie unbedingt zu einer Steigerung der Kosten führe, da die *Soziallasten* nicht proportional mit Verkürzung des

¹¹⁾ Als Ausgleich für eine Senkung des Wocheneinkommens wird auch die *Stadtrandsiedlung* genannt; die Arbeitszeitverkürzung werde für jene Arbeiter stärker sein können, die in die Siedlungsaktion einbezogen sind. Hiebei ist allerdings zu berücksichtigen, daß, auch bei entsprechender Ausstattung der Siedlung, sich der Erfolg für den einzelnen erst allmählich auswirken kann. Da die Stadtrandsiedlung in erster Linie sozial und national begründet ist, wäre ihre Verwirklichung ohne Zuhilfenahme staatlicher Mittel oder Garantien nicht möglich. In diesem Zusammenhang ist auch die *landwirtschaftliche Siedlung* zu erwähnen. Um jede Konkurrenz mit der Landwirtschaft zu vermeiden, müßte sie auf Selbstversorgung abgestellt sein. Da gerade junge Kräfte für die Ansiedlung in Betracht kämen, könnte auf diese Weise eine stärkere Belastung des Arbeitsmarktes durch neu zuwachsende Arbeitskräfte vermieden werden.

Lohnes abnehmen. Diese Schwierigkeit wird aller Voraussicht nach durch die Neuregelung der Sozialversicherung überwunden sein, so daß wir uns mit ihr nicht weiter beschäftigen müssen.

Von Wichtigkeit ist die *Verschiebung der Nachfrage*, die sich durch die Einkommensverschiebung ergeben würde¹²⁾. Die Frage ist, wie sich die Senkung des Einkommens bei den Vollarbeitern, deren Arbeit auf 40 Stunden gekürzt würde, in der Nachfrage auswirken würde und umgekehrt, welche Bedeutung die Einkommensteigerung des Arbeitslosen für seine Nachfrage haben würde. Die Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer läßt die Tendenz der Nachfragegestaltung annähernd erkennen. In einer Reihe von Haushalten, die von der Haushaltstatistik geführt werden, ist das Einkommen von 1931 auf 1933 gesunken. Die Einnahmen der in Betracht kommenden Haushalte betragen im Durchschnitt im Jahre 1931 4320, im Jahre 1933 3620 Schilling. Setzt man das Jahr 1931 gleich 100, so ergibt sich für das Jahr 1933 ein Index von 83.8. Es ist also das Einkommen ungefähr um ein Sechstel, wie es einer Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden entsprechen würde, gesunken. Bei den Ausgaben zeigte sich jedoch, daß jene für Nahrungs- und Genußmittel verhältnismäßig weniger gesunken sind, als jene für industrielle und gewerbliche Erzeugnisse und Leistungen. Die Preisverschiebungen in diesen Jahren sind — wie auf Grund der von den untersuchten Haushalten eingekauften Mengen festgestellt werden kann — nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Nachfragegestaltung.

Auf Grund der Haushaltrechnungen jener Haushalte, die ihr Einkommen infolge der Arbeitslosigkeit verloren haben, kann versucht werden, die Auswirkung der Wiederbeschäftigung auf die Nachfrage festzustellen, indem die Nachfrage im Jahre 1933, also im Jahre der Arbeitslosigkeit des betreffenden Haushaltes, als Basis angenommen wird. Die Einnahmen der in Betracht gezogenen Haushalte betragen im Jahre 1933 durchschnittlich 1952 Schilling und im Jahre 1931 3608 Schilling, es ergibt sich also von 1933 aus gesehen eine Steigerung von 100 auf 185. Die Indexzahlen für die Nachfrage nach einzelnen Warengattungen sind jedoch in ihrer Höhe stark verschieden. Wenn auch das Gesamteinkommen von 1931 nicht erreicht werden dürfte, würde dies an der Tendenz der Nachfrageverschiebung kaum etwas ändern. Eine Übersicht gibt folgende Zusammenstellung (Tabelle Nr. 5).

¹²⁾ Auf diese Zusammenhänge verweist neuerdings C. F. Roos, *Econometrica*, Jänner, 1935. (Menasha, Wis.)

Tabelle Nr. 5

*Ausgabenentwicklung bei Einkommensveränderung**)

Einnahmen- bzw. Ausgabengruppe	Haushalte mit gesunkenem Einkommen		Haushalte, deren Familienerhalter arbeitslos wurde	
	1931	1933	1931	1933
	S	S	1931 =100	1933 =100
Gesamteinnahmen pro Haushalt in S	4.320	3.620	83·8	1.952
darunter Arbeitsverdienst des Familienerhalters in S	3.566	2.948	82·7	3.048
in % der Gesamteinnahmen	82·5	81·4	—	84·5
1933	—	—	—	75·9
Ausgaben für:				
a) Nahrungs- und Genussmittel in S	2.289	2.055	89·8	1.939
in % der Gesamteinnahmen	53·0	56·8	—	53·7
b) Bekleidung, Haus- u. Tischwäsche in S	419	267	63·8	395
in % der Gesamteinnahmen	9·7	7·4	—	10·9
c) Beheizung und Beleuchtung in S	189	190	100·8	157
in % der Gesamteinnahmen	4·4	5·2	—	4·4
d) Bildung, Unterhaltung und Sport in S	208	171	82·1	299
in % der Gesamteinnahmen	4·8	4·7	—	8·3
e) Gesundheits- und Körperpflege in S	108	81	75·6	76
in % der Gesamteinnahmen	2·5	2·2	—	2·1
b)–e) zusammen in S	924	709	76·7	927
in % der Gesamteinnahmen	21·4	19·5	—	25·7

* Nach der (seit dem Jahre 1925 geführten) Haushaltsstatistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

Wenn auch den Zahlen im einzelnen gewiß nicht Allgemeingültigkeit zukommt, so läßt sich doch aus ihnen eine Entwicklungstendenz erkennen; die Verschiebung der Einkommen würde, auf längere Sicht betrachtet, zu einer *Senkung der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen* führen. Hiebei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Nachfrageverschiebung zu einer Preisverschiebung führen kann, die dann wieder einen gewissen Ausgleich in der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen und Nahrungsmitteln herstellen könnte.

Technische Schwierigkeiten

Wie bereits erwähnt, ist eine Arbeitszeitkürzung in Österreich nur durchführbar, wenn keine Steigerung der Kosten hierdurch bewirkt wird. Es kommen also Aufwendungen für Neuinvestitionen zur Durchführung der 40-Stunden-Woche in größerem Umfang überhaupt nicht in Betracht. Ebenso muß es vermieden werden, daß durch Arbeitszeitkürzung der Anteil der fixen Kosten an den Gesamtkosten steigt. Die Schwierigkeiten, die sich bei der technischen Durchführung ergeben, sind nach einzelnen Betrieben, Branchen und der Art der Arbeit verschieden. Demnach wird auch das Verfahren der Durchführung der Arbeitszeitkürzung in den einzelnen Fällen verschieden sein.

Gerade die technischen Schwierigkeiten der Durchführung zeigen, daß die Einführung einer Arbeitszeitkürzung *niemals auf Grund starrer Normen* erfolgen dürfte, sondern den Erfordernissen der einzelnen Branchen Rechnung tragen müßte, wobei eine enge Zusammenarbeit von *Arbeitgebern und Arbeitnehmern* unerlässlich ist. Dieser Gedanke

ist z. B. bei der probeweisen Durchführung der 40-Stunden-Woche in *Italien* verwirklicht. In dem allgemeinen Rahmenvertrag, der die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich regelt, ist ausdrücklich bestimmt, daß im einzelnen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen festzulegen haben, für welche Arbeiten innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige eine Senkung der Arbeitszeit vom technisch-ökonomischen Gesichtspunkt aus möglich ist. Dies ist in den verschiedenen Einzelvereinbarungen bereits geschehen.

Die Ergebnisse der 40-Stunden-Woche in Italien — insgesamt wurden bis 2. Februar 1935 206.284 Arbeiter²³⁾ wieder eingestellt — beweisen die *technische Durchführbarkeit*, die bereits aus den genannten Erhebungen des Internationalen Arbeitsamtes hervorging; sie geben ferner Anhaltspunkte über den *Grad der Durchführbarkeit in den einzelnen Branchen*. Hiebei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Wiedereinstellung u. a. zurückgeht auf Einschränkung der Frauenarbeit, der Sonntagsarbeit und der Arbeit der Pensionisten. Da die letzten Ausweise über die Wiedereinstellungen noch nicht nach Branchen aufgegliedert sind, legen wir der folgenden Übersicht die Zahlen nach dem Stand vom 12. Jänner 1935 zugrunde (Tabelle Nr. 6).

Tabelle Nr. 6
Italien)*

Klasse, Zweig	Nach der Zählung vom 15. Okt. 1927	Betriebsstätten	Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose am 31. XII. 1934	Wiedereingestellte bis 12. I. 1935 ²⁾
Industrie und Handel insgesamt	1.557	5.652	7) 750	160·9	
Handel insgesamt	825	1.646	60	15·7	
darunter:					
Geld, Kredit, Versicherung	15	93	.	1·0	
Hotel, Gast- und Schankgewerbe	141	304	.	.	
Theater, Kino u. dgl.	5	18	19	.	
Industrie insgesamt	732	4.006	.	2) 129·2	
darunter ³⁾ :					
Verkehr (einschl. aller Bahnen), Spedition . . .	108	519	26	1·3	
Bergbau	5	99	.	2·4	
Industrie in Steinen und Erden (ohne Glas) . . .	17	151	32	3·3	
Baugewerbe	39	331	295	16·3	
Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke . .	6	62	9	0·2	
Eisen- und Metallindustrie	83	601	99	19·6	
Holzindustrie	103	286	48	2·6	
Lederindustrie	8	53	.	1·5	
Bekleidung	191	492	86	2·6	
Textilindustrie	10	643	.	17·2	
Papier, Papierverarbeitung, graphische Industrie . . .	10	103	10	3·3	
Chemische und Glasindustrie	6	120	20	4·9	
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	82	343	19	4·7	

*) Nach „Annuario Statistico Italiano 1930“, p. 196 ff., „Bollettino Mensile di Statistica“, Jänner 1935, p. 32, „L'Organizzazione Industriale“, Nr. 52 vom 29. Dezember 1934. — 2) Außerdem 211.320 der Landwirtschaft zugehörige Arbeitslose. — 3) Detailziffern für die einzelnen Industrien nur bis 28. Dezember 1934, bis zu welchem Tage die Gesamtzahl der Wiedereingestellten nur 128.202 (bis 12. Jänner 1935: 129.237) betrug.

²³⁾ Davon Beschäftigte in der Industrie 161.991, in der Landwirtschaft 19.338, im Handel 23.610 und im Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1345.

Im Falle einer Einführung der 40-Stunden-Woche in Österreich würde auch darauf zu achten sein, daß die Kürzung der Arbeitszeit wirklich in einer *voll entsprechenden Mehreinstellung von Arbeitern* zum Ausdruck kommt. Die freiwillige Durchführung der Arbeitszeitkürzung in *Belgien* hat z. B. gezeigt, daß vielfach zwar die Arbeitszeit gekürzt und das Einkommen der Arbeiter geschmälert wurde, aber keine nennenswerte Neueinstellung von Arbeitern erfolgte, weil die Unternehmer danach strebten, durch verschiedene Maßnahmen

(z. B. stärkere Mechanisierung des Betriebes) Neueinstellungen zu vermeiden¹⁴⁾.

Die Untersuchungen über die Einführung der *40-Stunden-Woche in Österreich* haben zwar die Möglichkeit ihrer Durchführung gezeigt. Darüber freilich kann kein Zweifel bestehen, daß die Arbeitszeitkürzung bei der gegenwärtigen Lage nur einen Notbehelf darstellt, der aber bei entsprechender Durchführung in Verbindung mit anderen Maßnahmen (siehe oben) eine Linderung der Arbeitslosigkeit bringen kann.

¹⁴⁾ Soziale Praxis 1933, Heft 6.

BEITRÄGE ZUR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN VOM

ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

- | | |
|---|--|
| <p>1. Geldtheorie und Konjunkturtheorie von Friedrich A. Hayek, 1929, XII und 147 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 8.40
<i>(Vergriffen)</i></p> <p>2. Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung von Fritz Machlup, 1931, XII und 220 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 12.—</p> <p>3. Preise und Produktion von Friedrich A. Hayek, 1931, XVI und 124 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 7.20</p> <p>4. Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf von Erich Schiff, 1933, XII und 236 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 12.—</p> | <p>5. Die Grenzen der Wirtschaftspolitik von Oskar Morgenstern, 1934, VII und 136 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 4.80</p> <p>6. Führer durch die Krisenpolitik von Fritz Machlup, 1934, XV und 232 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 7.80</p> <p>7. Kapital und Produktion von Richard von Strigl, 1934, X und 248 Seiten Ö-Norm A 5, Preis RM 7.80</p> <p style="text-align: center;"><i>Demnächst erscheint:</i></p> <p>8. Internationale Kapitalbewegungen von Ragnar Nurkse, ca. 200 Seiten</p> |
|---|--|

VERLAG VON JULIUS SPRINGER / WIEN

Demnächst erscheint

PRICES IN THE TRADE CYCLE

BY GERHARD TINTNER

Herausgegeben vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung in Verbindung mit der London School of Economics and Political Science

ca. 200 Seiten Ö-Norm A 4, 17 Tabellen im Text, 20 Tabellen im Anhang, 5 Figuren im Text, 60 Figuren im Anhang